

Bezugspreis:

Vom 21. - 27. Okt. 1400 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 21. - 27. Oktober für Deutschland, Danzig, Grenz- und Memelgebiet sowie Österreich u. Ungarn 1470 Millionen, für das übrige Ausland 1520 Millionen. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erlaubung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-293
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Sonntag, den 20. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfach: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diktonto-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundyreise:

Die einseitige Grundreise für 400 Wort. Restbetrag 2000 Wort. „Kleine Anzeigen“ das letzte Wort 100 M. (zuletzt zwei letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellengeld das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten freie 40 M. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl gereicht 2 Millionen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kahr treibt zum Bruch.

Abberufung Lössows. - Bayern fordert Geylers Rücktritt!

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet:

Die Abberufung des Generals v. Lössow ist am Freitag durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt.

Die bayerische Regierung hat daraufhin nicht nur den Rücktritt des Reichswehrministers Geyler gefordert, sondern auch die Reichsregierung außerdem wissen lassen, daß sie in Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister ablehnt.

Die Abberufung des Generals v. Lössow, die als eine vollzogene Tatsache zu betrachten ist, hat in hohem Maße den Unwillen der derzeitigen Machthaber Bayerns hervorgerufen. Sie haben diese Abberufung mit der Forderung nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geyler beantwortet.

Es ist ein seltenes Spiel des Zufalls: die Mehrheit des sächsischen Landtages und Herr v. Kahr treffen sich auf einer gemeinsamen Linie mit der Forderung nach der Demission Geylers.

Die Dinge in Sachsen werden hoffentlich gütlich ins reine gebracht werden können. Wenn die Sozialdemokratische Partei in Berlin und in Dresden zusammenarbeitet, um Gegenläufe auszugleichen und Verständigungen anzubahnen, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Dann werden weder die Rechtsradikalen noch die Kommunisten, die beide es gar nicht mehr erwarten können, daß losgeschlagen wird, auf ihre Rechnung kommen.

Anders, ernstlich liegen nach unserer Auffassung die Dinge in Bayern. Denn weder gibt es im Verhältnis zwischen ihm und dem Reich einen Vermittler, der eine ähnliche Rolle spielen könnte wie die Sozialdemokratie beim Ausgleich des Konflikts mit Sachsen, noch ist für einen solchen Ausgleich die erste grundlegende Voraussetzung geschaffen, nämlich die Anerkennung des Grundsatzes, daß das Reich den Einzelstaaten übergeordnet ist.

Von München und von Dresden aus entläßt sich der Groll gegen Berlin aus verschiedenen Gründen. In Dresden ist man unzufrieden, weil in der Reichsregierung neben Sozialdemokraten auch Bürgerliche sitzen, in München lobt man, weil in der Reichsregierung neben bürgerlichen Parteien auch die Sozialdemokratie vertreten ist.

Daß nun die Entladung des Münchener Ingrimm gerade gegen den Reichswehrminister Geyler erfolgt ist, nimmt im ersten Augenblick wunder. Es läßt darauf schließen, daß der Reichswehrminister, der selber ein geborener Bayer ist, im stillen gegen das verfassungswidrige Regiment in seinem engeren Vaterlande doch eine Aktivität entfaltet hat, die den Münchener Machthabern unangenehm wurde.

Im Mittelpunkt des Konflikts Geyler-Kahr steht die Person des Generals v. Lössow. Dieser General hat den ihm erteilten Befehl, das Nichterscheinen des von der Reichsregierung verbotenen „Völkischen Beobachters“ mit eigenen Mitteln durchzuführen, nicht ausgeführt. Er hat dafür an Regimentsfeiern teilgenommen, die mit monarchistischen Kundgebungen verbunden waren. Aber je mehr es offenbar wurde, daß seine Loyalität dem Reich gegenüber etwas wurmförmig geworden war, desto höher stieg er in der Gunst des Generalstaatskommissars.

Die Ernennung und Abberufung von Militärbefehlshabern ist Sache des Reichspräsidenten. Hier besteht ein vollkommen klarer Rechtszustand. Der Reichspräsident will einen General abberufen; der durch eine verfassungswidrig gewordene Berordnung in sein Amt eingesetzte Generalstaatskommissar will den General halten. Es ist selbstverständlich, daß da der Befehl des Reichspräsidenten zu gelten hat.

Herr v. Kahr und Herr v. Knilling können darüber unmöglich anderer Meinung sein, aber sie sind anderen Willens. Sie wollen das Reich in bayerische Dinge überhaupt nicht mehr dreinreden lassen, auch dort nicht, wo es sich um militärische Angelegenheiten handelt. Darum beantworten sie — nicht ganz logisch — die Abberufung Lössows mit der Forderung nach dem Rücktritt Geylers. Das Reich soll in Bayern nicht mehr dreinreden, dafür redet Bayern desto mehr im Reich drein.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet, hat sich die bayerische Regierung nicht darauf beschränkt, Geylers Demission zu fordern, sie hat auch nach berühmten Mustern erklärt, daß sie jeden dienstlichen Verkehr mit ihm ablehne.

Herr Geyler ist unter dem militärischen Ausnahmezustand Inhaber der vollziehenden Gewalt im ganzen Reich. Bayern erkennt ihn nicht mehr an, es verweigert den

dienstlichen Verkehr mit ihm. Das heißt: der Bruch mit dem Reich wird vollzogen!

Das ist eine Entwicklung der Dinge, die aufs tiefste beklagt werden muß. Es ist ein Verbrechen, die Einheit des Reiches zu zerbrechen, und die Folgen, die daraus der wahrlich schon genug gequälten Bevölkerung erwachsen können, sind unabsehbar.

Darum ist hier auch niemals einem überstürzten Vorgehen gegen Bayern das Wort geredet worden. Wenn wir an dem Verhalten der Reichsregierung etwas zu tadeln hatten, so war es das, daß sie es veräuerte, öffentlich mit den guten Gründen, die ihr reichlich zur Verfügung standen, nach Bayern hinüberzuwirken. Wäre das bayerische Volk rechtzeitig von dem unanfechtbaren Rechtsstandpunkt des Reiches unterrichtet und auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich aus einer Zuspitzung des Konflikts ergeben, so wäre das Intermezzo der Kahr-Diktatur heute vielleicht schon beendet. Wenn nur das Reich fest zu seinem Recht stand und an seinem Willen, es durchzusetzen, keinen Zweifel ließ, dann müßte nicht gleich mit großen Kanonen geschossen werden, dann ging es vorausschicklich auch so.

Die Reichsregierung hat wochenlang sogar auch auf die Anwendung des mildesten Mittels verzichtet. Und Herr Geyler hat in aller Stille zu ordnen und zu schlichten versucht. Wochenslang hat man überlegt, ob man zur Abberufung des Generals v. Lössow schreiten sollte, die gerade von militärischer Seite wegen Nichtausführung eines Befehls für notwendig gehalten wurde. Man hat, wenn wir recht ununterrichtet sind, Herrn v. Lössow nahegelegt, freiwillig zurückzutreten. Kurz, die Reichsregierung hat sich im Streit mit Bayern benommen wie ein geduldiger Heiliger in einer frommen Legende. Sie hat nur Streiche hingenommen und keine ausgeübt.

Hätte dieses Verhalten seine Nachteile, so hat es doch heute auch seinen Vorteil. Denn heute steht jedermann, muß auch in Bayern jedermann sehen, wer die Schuld an dem drohenden Bruch trägt. Herr v. Kahr, hinter dem die halb abgedankte Regierung Knilling willenlos hinstreift, will den Bruch, und jeder Anlaß ist ihm dazu recht. Ist das das Ende des Reiches? Wir glauben es nicht!

Und selbst, wenn es einstweilen das Ende wäre, so wäre es auch schon wieder ein neuer Anfang. An dem Tag, an dem die Reichseinheit zerbricht, wird sich von der Ostsee bis zu den Alpen eine Bewegung für ihre Wiederherstellung erheben, und die deutsche Sozialdemokratie wird an ihrer Spitze stehen. Es wird einem engstirnigen Kirchturmpolizier vom Schloß Kahr nicht gestattet sein, die großen Linien der geschichtlichen Entwicklung zu durchbrechen, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen heraus zur staatlichen Einheit des deutschen Volkes führen.

Kahr vergeht, das Reich besteht!

Die Vorgeschichte der Krise.

Ueber die Entwicklung des Konflikts erfahren wir noch:

Bekanntlich wurde vor wenigen Wochen der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, vom „Völkischen Beobachter“ in gemeiner Weise beschimpft. Der Reichswehrminister gab daraufhin den Befehl nach München, den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten. Er wiederholte das Verbot und ergänzte es durch den Befehl, gegebenenfalls mit militärischer Gewalt das Erscheinen des Hüller-Organs zu verhindern, da der „Völkische Beobachter“ trotzdem weiter erschien. General v. Lössow lehnte die Durchführung der Anordnung seiner vorgesetzten Dienstbehörde ab, weil er einen Konflikt mit Herrn v. Kahr vermeiden wollte und erklärte gleichzeitig auf telegraphischem Wege, daß er auch in Zukunft weitere Befehle des Reichswehrministeriums in ähnlichem Sinne behandeln werde. Auch jetzt versuchte man noch in aller Stille, diesen „meuternden General“, wie ihn der General v. Seeckt nannte, zum Abschied zu bewegen. Man teilte ihm brieflich mit, daß der Chef der Heeresleitung kein Vertrauen mehr zu ihm habe, und deshalb seinen Abgang erwarte.

Herr v. Lössow beantwortete diesen Brief erst gar nicht, sondern übergab ihn dem bayerischen Ministerpräsidenten, der dann in Berlin auf indirektem Wege Fürsprecher des Generals wurde und seiner Auffassung dahin Ausdruck gab, daß v. Lössow Militärbefehlshaber in Bayern sei und auch über die ihm von Berlin gegebenen Befehle nach Gutdünken entscheiden könne! Schließlich fuhr Geyler am Mittwoch nach Augsburg

Kabinettsrat über die Sachleistungen.

Das Reichskabinettsrat wird sich am Sonntagabend mit der Reparationsfrage beschäftigen und über die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit der Finanzierung von Sachleistungen Beschluß fassen. Es handelt sich also um eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite für die unmittelbare und vielleicht auch für die weitere Zukunft des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes, die heute im Kabinettsrat fallen soll. Ein solcher schicksalsschwerer Beschluß kann nur nach sorgfältigster Erwägung aller politischen und wirtschaftlichen Folgen getroffen werden, die er nach sich ziehen dürfte. Deutschland steht zweifellos vor der Alternative, entweder seine Leiden in Angriff genommene finanzielle Gefunden zugunsten der Kohlenlieferungen an Frankreich auf das äußerste zu gefährden, ohne dabei die geringste Sicherheit zu haben, daß es auch dann tatsächlich in absehbarer Zeit zu einer Verständigung mit Frankreich kommen wird, oder die Folgen einer Ablehnung der neuen Forderungen Frankreichs auf sich zu nehmen. In beiden Fällen, darüber muß man sich im klaren sein, stehen dem deutschen arbeitenden Volke weitere ungeheure Leiden bevor, für die allein Poincaré die Verantwortung trägt. In diesem entscheidenden Augenblick ist es aber um so mehr die Pflicht der Reichsregierung, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, ob die technische Möglichkeit einer Aufbringung der nötigen Goldmillionen aus dem deutschen Besitz noch besteht oder nicht. Die ganze Welt, mit Ausnahme der französischen Regierung, ist wohl der Ueberzeugung, daß wir in dem jetzigen Chaos einer Atempause unbedingt bedürfen. Es handelt sich aber nicht mehr darum, Poincaré zu überzeugen oder gar zu befriedigen, sondern darum, das Proletariat an der Ruhr und im übrigen Deutschland vor dem Hungertode zu retten.

trägt, der mit den letzten deutsch-französischen Verhandlungen und ihrem ergebnislosen Verlauf in engstem Zusammenhang steht. Dr. Sirefemann dürfte im Laufe des heutigen Tages noch Gelegenheit nehmen, vor einem kleineren Kreis diesen Schritt und die Außenpolitik des Reiches für die kommenden Wochen zu begründen.

Nicht zuletzt hat das französische Ansinnen der Erweiterung der Regie im besetzten Gebiet zu dem diplomatischen Auftrag des Reichskanzlers an die diplomatischen Vertreter im Ausland beigetragen. Die französische Regierung machte dem Reichskabinettsrat vor wenigen Tagen über die Einrichtung der Regie nähere Mitteilungen und forderte die Annahme dieser Pläne ohne jede Diskussion. Dieses Diktat hat das Reichskabinettsrat abgelehnt. Poincaré hat daraufhin wissen lassen, daß für ihn die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr erledigt seien.

Es ist Frankreich glücklich gelungen, den belgischen technischen Studien durch Ueberweisung an die finanzielle Abteilung der Reparationskommission ein Begräbnis erster Klasse zu bereiten. Damit dürfte dieser immerhin erwägungswürdige erste Versuch der Gegenseite, positive Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage zur Erörterung zu stellen, auf absehbare Zeit erledigt sein. In Belgien zeigt man sich über diese Behandlung sehr enttäuscht und bedauert, nicht mehr Unterstützung auf englischer Seite gefunden zu haben. Deutschland hatte inzwischen eine Denkschrift zu den belgischen Plänen der Reparationskommission überreicht, doch dürfte diese ebenfalls in die „finanzielle Abteilung“ wandern und dort sonst ruhen.

Inzwischen hat die Reparationskommission gestern vormittag beschlossen, Deutschland zu beauftragen, gewisse Sachleistungen an Frankreich, Belgien und Italien vorzunehmen. Ob damit auch Kohlenlieferungen oder andere Leistungen nach dem Versailles Vertrag bzw. nach dem Wiesbadener Abkommen gemeint sind, geht aus den Meldungen nicht hervor.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit: Der Reichskanzler hat die deutschen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington für heute mit einem wichtigen diplomatischen Schritt beauf-

und verhandelt dort über eine friedliche Lösung des Konflikts mit einem Mitarbeiter des Generals Löffow, dem General Krefz v. Arckenstein unter Wissen des Herrn v. Löffow. Beide vereinbarten, daß General v. Löffow in Augsburg erscheinen sollte, um mit dem Reichswehrminister die Angelegenheit persönlich zu besprechen. v. Arckenstein war der festen Überzeugung, daß Löffow dieser Verabredung nachkommen würde und reiste in dieser Aufstellung nach München zurück. Angeworfen, machte er seinem Vorgesetzten von der Unterredung mit dem Reichswehrminister Mitteilung. v. Löffow lehnte es jedoch ab, nach Augsburg zu reisen, und eilte zu Rahr und Knilling, um sie über die Augsburger Besprechung zu unterrichten. Daraufhin trieb es die bayerische Regierung mit ihrer Forderung nach dem Rücktritt Gehler's zum Konflikt.

Die Reichsregierung hat bisher gerade gegenüber Bayern ein kaum verständliches Maß von Geduld bewiesen — sie muß jetzt den Mut haben, den ihr ausgezwungenen Konflikt mit dem notwendigen Mittel auszulösen.

Weiter liegen aus München von gestern abend folgende Meldungen vor:

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ drohen offen mit der Reuters, indem sie schreiben:

„Eine Maßregelung Löffows steht in diesem Augenblick mit der vom Reichswehrministerium gegebenen Begründung würde in allen nationalen (!) Kreisen eine ungeheure Erregung hervorrufen. Auch bei der Reichswehr selbst, wo Löffow ungemein populär ist, würde sie einen verachtlichen Konflikt herbeiführen, daß die schwersten Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung erfolgen müßten. Die bayerische Regierung hat sich unseres Wissens mit dieser Eventualität befaßt und wir glauben richtig unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß man einen Konflikt mit dem Reich durchaus nicht wünscht, daß man ihn sehr bedauern würde, daß man aber auch entschlossen ist, nicht den Kopf Löffows für denjenigen Gehler's einzutauschen.“

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, das offizielle Organ der Regierungspartei, bemerkt zu der Entwicklung, die der Fall Löffow genommen hat, u. a.: „Man hat nach anfänglichem Zögern und Mißtrauen die Tätigkeit und die Erfolge des Herrn Dr. Gehler als Reichswehrminister auch in Bayern immer mehr schätzen und kennen gelernt; um so erstaunter ist man jetzt, daß Dr. Gehler als Bayer, der die Verhältnisse doch eigentlich kennen sollte, sich plötzlich zu einer Politik ergibt, die der Lage in Bayern in keiner Weise gerecht wird. So erst die Beschlüsse sind, welche die bayerische Staatsregierung fassen müßte, wenn sich die Reichsregierung den Standpunkt des Reichswehrministers zu eigen machen müßte, so wenig kann ein Zweifel darüber bestehen, welcher Entschluß denn nun zu fassen ist. Schließlich handelt es sich nicht um eine Personalfrage, sondern um das Prinzip, ob es eine bayerische oder eine Reichsangelegenheit ist, die inneren bayerischen Angelegenheiten verantwortlich zu ordnen.“

Streit in der Sachsen-Koalition.

Die Kommunisten können nicht lassen . . . !

Dresden, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Freitagssitzung des sächsischen Landtages brachte eine scharfe und unerfreuliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungsparteien. Anlaß dazu gab eine Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Schneller zu Beginn der Sitzung, der behauptete, in der Donnerstagssitzung des Landtages sei festgestellt worden, daß der Zivilkommissar Meier von dem Einverständnis des Reichspräsidenten, des Reichsfinanzministers und des Reichswehrministers mit dem ultimativen Schreiben des Generals Müller an die sächsische Regierung unterrichtet gewesen wäre. Der Zivilkommissar habe es pflichtwidrig unterlassen, die Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen. Es folgte weiter fest, daß er einige rechtsstehende Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion darüber informiert habe, darunter den Abg. Bethge. Auch dieser habe die Tatsache verschwiegen. Meier und Bethge hätten zugegeben, daß die sächsische Regierung gegen den Generalleutnant Müller den Vorwurf erhoben hätte, er verstoße gegen die Verfassung. Dieser Vorwurf richtete sich in Wirklichkeit gegen den Reichspräsidenten und

gegen diejenigen, die die genannte Tatsache gekannt und verschwiegen hätten. Die Anfrage der kommunistischen Fraktion gehe dahin, wie sich die Regierung zu dieser Tatsache stelle.

Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Ministerpräsident Zeigner Gelegenheit, sich zu dem kommunistischen Vorwurf zu äußern. Er wies zunächst den demokratischen Vorwurf zurück, als ob er den Landtag über eine Eigenmächtigkeit oder Grenzüberschreitung des Wehrkreiskommandeurs wider besseres Wissen unterrichtet habe. Inzwischen sei ihm mitgeteilt worden, daß sich der Wehrkreiskommandeur in Berlin nur über den prinzipiellen Inhalt des Briefes an die sächsische Regierung verständigt habe, also darüber, ob die Regierung zu einer Stellungnahme zur Rede des Ministers Böttcher veranlaßt werden solle. Die weiteren Einzelheiten und die Formulierung des Schreibens seien nach den bisherigen Feststellungen der sächsischen Regierung in Berlin nicht bekannt gewesen. Es liege nicht der geringste Anlaß zu der Annahme vor, daß von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion sozusagen ein Komplott geschmiedet worden sei. Aus Mitteilungen, die er über einen Besuch bei General Müller den kommunistischen Regierungsgliedern gemacht habe, hätten die Kommunisten die falsche Folgerung gezogen, daß Bethge und Meier ihm absichtlich keine Kenntnis von der Stellungnahme der Reichsregierung gegeben hätten.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Wirth, aus den Feststellungen des Ministerpräsidenten ergebe sich, daß die in der kommunistischen Anfrage enthaltenen Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der Fraktion, besonders gegen den Abgeordneten Bethge, völlig unbegründet seien. Die Art, wie dieser Vorstoß von der kommunistischen Fraktion unternommen worden sei, widerspreche zudem den Vereinbarungen, die für ein geordnetes parlamentarisches Zusammenarbeiten beider Parteien bei der Regierungsbildung getroffen worden seien. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestierte mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen, das nach außen hin als eine Schwächung der Regierungskoalition gedeutet werden müßte.

Trotz dieser Erklärung blieb Schneller in persönlichen Bemerkungen bei seinen Behauptungen, die dann nochmals von Bethge in heftiger Erregung zurückgewiesen wurden.

Nach der Erledigung einer bürgerlichen Anfrage über die Besetzung der Beamtenstellen verlagte sich das Haus auf Dienstag.

Dresden, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die fünf Massentendungen, die am Donnerstagabend gemeinsam von SPD. und KPD. einberufen waren, fanden unter so starker Beteiligung statt, daß auch fünf Parallelsammlungen, die veranstaltet wurden, überfüllt waren. In sämtlichen Versammlungen, in denen als Redner u. a. die kommunistischen Minister Hederik und Böttcher, der bisherige Wirtschaftsminister Genosse Jellisch und Landtagsabgeordneter Genosse Krtz sprachen, wurden Resolutionen angenommen, in denen der Regierung Zeigner das volle Vertrauen ausgesprochen, die Regierungsbildung begrüßt und gegen den Belagerungsstatus und die Militärämbtstellung Stellung genommen wird. Die sächsische Regierung wird aufgefordert, unentwegt ihren Kampf fortzusetzen und insbesondere mit allem Nachdruck die Aufhebung des Belagerungsstatus zu fordern.

Wertbeständige Geldstrafen.

Wie der preussische Justizminister bekannt gibt, beträgt nach Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen vom 20. Oktober ab bei Verbrechen die Mindestgeldstrafe 10 Millionen, die Höchststrafe 10 Milliarden, bei Verbrechen und Vergehen die Mindestgeldstrafe 30 Millionen, die Höchststrafe 1000 Milliarden und, wenn die Tat aus Gewinnsucht begangen ist, 10 000 Milliarden Mark. Die erhöhten Strafrahmen gelten auch bei Taten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen sind. Geldstrafen unter 10 Millionen Mark bei Verbrechen und unter 30 Millionen Mark bei Verbrechen und Vergehen sind nach dem 19. Oktober 1923 nicht mehr zulässig.

Das Gesetz bringt ferner als neuen Punkt das wertbeständige Geldstrafenurteil. Alle erkannten Geldstrafen

und Bußen passen sich künftig selbstständig der Bewegung der Reichsindegagen vom Tage des Erlasses der Entscheidung ab an. Diese selbsttätige Aufwertung tritt vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes an auch bei Vermögensstrafen und Bußen ein, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes festgesetzt worden sind, soweit sie beim Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht bezahlt, erlassen oder verjährt sind und nicht binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten, d. h. also bis zum 2. November d. J. gezahlt werden.

Französische Zerreißungspropaganda.

Stuttgart, 19. Oktober. (Z.N.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In den letzten Tagen wurden Propagandaflugblätter deutschfeindlichen Inhalts verteilt. Als Verteilungsstelle wurde in einigen Fällen das hiesige französische Generalkonsulat ermittelt. Die württembergische Regierung hat sofort bei der Reichsregierung die entsprechenden Schritte eingeleitet.

Die Besatzung richtet sich ein.

Münster, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Bochum „beschlagnahmen“ die Franzosen am 18. Oktober auf der Stadthauptkass 8 Billionen 840 Milliarden Mark. In Dortmund erklärte General Douchy in einer Unterredung mit Vertretern der Stadtverwaltung, daß Dortmund in den Wintermonaten starke Einquartierung, evtl. eine Division und mehr erhalten werde. Die Stadtverwaltung müsse, falls die zur Verfügung stehenden Quartiere nicht ausreichen, eine neue Kaserne bauen, für die bereits ein Platz an der Straße von Rahm nach Durakunde festgelegt sei. Zu den am 21. Oktober in Dortmund stattfindenden Pferderennen wird auch der kommandierende General der Besatzungstruppen erscheinen und bereits am 20. Oktober, aus Düsseldorf kommend, in Dortmund eintreffen. Zum Empfang werden große festliche Vorbereitungen getroffen. In Dortmund kündigen die Franzosen in Plakaten eine Holzaktion an. Es sollen 950 Festmeter Holz aus den Staatswäldungen des Rheinlandes versteigert werden.

Bochum, 19. Oktober. (Mit.) In den letzten Tagen werden die von den Franzosen befohlenen Säle geräumt und dafür verschiedentlich städtische Schulen als Winterquartiere beschlagnahmt. So haben die Franzosen neuerdings in Bochum eine katholische Volksschule und in Dortmund das Goethe-Anzeum mit Beschlag belegt.

Koalitionsverbot für Regearbeiter.

Gelsenkirchen, 19. Oktober. (Mit.) Die Franzosen erweitern die Bedingungen für die Eisenbahner, die in den Dienst der Regie treten wollen. Neben dem von ihnen verlangten „Untergebeneit“ fordern sie jetzt auch von den Eisenbahnern die schriftliche Zusage, daß sie keiner Organisation angehören.

Die Arbeitslosigkeit.

Jeder Dritte in Köln nicht voll beschäftigt.

Köln, 19. Oktober. (M.T.B.) Die „Rheinische Zeitung“, das hiesige Hauptorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, schreibt: Im Laufe der gestrigen Kölner Stadtverordnetenversammlung habe man zum erstenmal von verantwortlicher Stelle erfahren, wie groß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter allein im Stadtbezirk Köln ist. Neben den 80 000 Vollarbeitslosen stehen annähernd 100 000 Kurzarbeiter. Das bedeutet, daß von 700 000 Einwohnern Kölns jeder dritte nicht mehr vollbeschäftigt ist. Immer tiefer fällt die Kaufkraft der drei Massen. Mit der Stilllegung des wirtschaftlichen Kreislaufes infolge des Ruhrstreiks und ihrer Folgen würden Hunger und soziale Ermattung und die Gefahr innerer Katastrophen ständig vergrößert. Wir rufen, sagt das Blatt, im Namen der Kölner Bevölkerung die Mächte der Entente an, mit der deutschen Regierung gegen diese entsetzliche Not anzukämpfen. Wir mahnen in letzter Stunde, von der Bedrückungs- und Gewaltspolitik abzusehen und alles daran zu setzen, daß die Räder einer geordneten Wirtschaft wieder in Gang kommen. Es geht um das Schicksal von Millionen.

Das technische Zeitalter.

Von Michael Charol.

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre lehrt, daß wir uns in einem noch ganz anderen als dem üblich gebrauchten Sinne im technischen Zeitalter befinden. Man bezeichnet gern die ganze Zeit, seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts als das Zeitalter der Technik, weil sie die Entwicklung der Maschine erlebte. Trotzdem wäre es richtiger, selbst noch die Jahrhundertwende als das naturwissenschaftliche Zeitalter zu bezeichnen. Die Maschine hatte schon ihren Siegeslauf angetreten, sie war Herr und Diener geworden, aber sie blieb nur Herr der ihr Dienenden oder Diener ihres Besitzers. Zu dem Menschen selbst hatte sie keine Beziehung. Geistig interessiert war die Allgemeinheit auf einem anderen Gebiete. Ein Drang nach Erkenntnis, nach den Zusammenhängen in der Natur lebte in den Menschen und brachte solche Institutionen wie die „Urania“, Zeitschriften, wie „Die Natur“, den „Kosmos“, Werte wie die Börsen, Meyers hervor. Die Menschen bauten die Maschine, die einzelne erkannten, aber die innere Beziehung zu ihr war nur „technisch“. Sie bestand höchstens in der Liebe zur Arbeit, in der präzisen Ausführung. Technische Ausstellungen und Veranstaltungen waren stark besucht, aber die Einstellung des Publikums war anders als heute. Es war entweder ein Bestaunen der neuen Wundertiere oder ein sportliches Interesse wie bei Flugkonkurrenzen oder Auto- und Motorrennen. Im übrigen waren die Besucher Fachleute.

Aber schon im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts begann sich die geistige Einstellung der Allgemeinheit zu verändern. In den wissenschaftlich orientierten Kreisen machte sich eine Umkehr von den Naturwissenschaften und ihren Methoden bemerkbar. Die Allgemeinheit aber schien in dem Wesen der Maschine mehr Respekt zu finden, als in der in den letzten Jahrzehnten — wenn auch nur oberflächlich — bekannt gewordenen Natur. Die Einstellung zur Maschine als zu einem Wundertier war auch allmählich verloren gegangen, und so entstand eine neue Beziehung zwischen Mensch und Maschine. Der Mensch räumte ihr Platz in seiner Seele ein, sie hörte gleichsam auf, ein Objekt, ein Gebrauchsgegenstand zu sein, sie wurde ein Faktor des Lebens, der in Rechnung gezogen werden mußte. Und schließlich war sie so tief in das geistige Leben unserer Zeit eingedrungen, daß sie andere Gebiete zu beeinflussen und zu bestimmen vermochte. Wir spüren die Maschine nicht nur in der ganzen Arbeitsorganisation mit der Arbeitsteilung, nicht nur in den verschiedenen Arbeitssystemen (Taylor), sondern sogar solche rein geistige Gebiete wie die Dichtung bekommen in ihren Erzeugnissen etwas von der Taft der Maschine, wobei gerade die Wiedergabe des Maschinenklimas unserer Zeit ihren als Barjag angerechnet wird, ja der Grund ihres Erfolges ist.

Heute interessiert man sich nicht mehr für die Maschine wie ein Fachmann für sein Werkzeug, nicht wie ein Besitzer für sein Hab und Gut, heute ist die Maschine vielmehr ein Zentralpunkt des Lebensinteresses. Die jetzt stattgefundenen Automobilausstellungen zum Beispiel konnte einen aufmerksamen Beobachter viel über die Entwicklung der Maschine lehren. Die Zehntausende von Besuchern, die täglich durch die Hallen wanderten, konnten sich wahrlich kein Auto leisten, sie werden zum größten Teil nicht einmal Techniker sein. Wer sie jedoch beobachtet hatte, der wußte, daß ihnen diese Maschinen etwas Liebes waren, etwas, was aus ihrem Leben nicht ausgestrichen werden könnte, ohne eine leere Stelle zu hinterlassen. Die Menschen selbst denken technisch, sie empfinden die Maschine als etwas Wesensverwandtes. Damit aber erst hat die Maschine eine zentrale Stellung erreicht, dadurch erst ist unser Zeitalter wirklich das technische geworden.

Kentenmark-Elegie.

Die Kohlenrechnung. Ungezähle Rufen...
„Der Deutsche, hieder, fromm und stark“
(Ich pfeif die „Wacht“, den Hunger einzulassen)
„Stabilisiert die Landesmark.“

Das Gas verriegelt — niedliche Bescherung!
Was heut' zu Mittag? Kaltgemordenen Kohl.
Ab Erken kommt die wertbeständige Währung.
Die Volkshaft hör' ich wohl...

Herr Raffke wird sich Rentenmark hinlegen,
Auch Dollarschätze, falls es sich verlohnt.
Die Börse ligt in Goldmark. Meinemwegen,
Ich guck in'n Mond...

Das neue Geld... Wer hat, wird dies auch haben,
Die Hand, die bloßer alles nahm, die nimmt's.
Den letzten fressen nach wie vor die Raben...
Stimmt's?!
Ria, von Lindenheden.

Chirurgische Aphorismen.

Von Carl Ludwig Schleich.

„Aus dem Rastloch“ des genialen Forschers und Dichters Schleich werden in Arch.-Kosmos-Berlag Aufsätze, Zeichnungen und Reden veröffentlicht. Sie geben hier einige „Werkzeuge und Werktauglichkeiten“ aus seinem besonderen Fachbereich, der Chirurgie, wieder.

Hast du in einer glücklichen Stunde eine gute Tat getan, so mache und lasse nicht viel Aufhebens davon machen, es könnte der Teufel in dir, oft gereizt und zum Widerspruch gestachelt, die abschließlich noch klar machen, daß die böse Tat des Besseren gewesen wäre. Darum: vergiß deine guten Werke, aber über deine Sünden denke nach!

Stirbt dir ein Operierter, so denke tagelang darüber nach, ob du etwas verschen. Aber nimm dir vor, deinen Sophisten in die zu entkernen. Sei dein eigener Staatsanwalt und fasse dich streng, selbst

ungerecht an. Auch hier schützt Unkenntnis der chirurgischen Gesetze nicht vor der Strafe des Gewissens. Wenn aber dein Gewissen rein, kannst du dich auch glänzend verteidigen. Aber ehe du dich verteidigst, laß den Ankläger ganz zu Worte kommen.

Gibst du Kranken einen Rat, so denke, dir selbst würde geraten. Was du nicht willst, daß man an deinem Leibe tue, das tu' auch an keinem fremden. Verne, dich krank zu denken! Nur diese Hypochondrie hat Sinn.

Wenn du bei einem Rat zur Operation daran denkst, wieviel sie dir einbringt, so schäme dich. Zur Strafe berechne später nur halb so viel, als du ohne diesen schmählichen Gedanken berechnet haben würdest.

Der Chirurg, der die Wundheilung überwacht, gleicht dem Gärtner. Beide pflegen ihren Rasen. Der Verbandwechsel ist wie das Auspacken einer seltenen Blüte, die wir unter Hüllen gezogen haben.

Ein Verband muß wie ein Sonntagserod, angegossen sitzen. Ein schlechter Schneider, dessen Röcke schloddern.

Man könnte ein ganzes Buch über die Kunst, sich zu waschen, schreiben, und doch empfindet es jeder fast als eine Beleidigung, wenn man ihm darüber Winke gibt. Darum muß man es sich lieber gefallen lassen, für einen närrischen Bedanten zu gelten als für einen nachsichtigen Gentleman.

Staatsoper: „Falstaff.“ Im „Falstaff“ hat Verdi, der ernste Dramatiker, seinen Humor gefunden, sein Lachen. Diese Buffo-Oper ist das Gegenstück von „Aida“, „Troubadour“, „Othello“, auch nach der Seite des musikalischen Spiels und der musikalischen Gebärde hin. Mit 80 Jahren wurde Verdi frei und reif zum ergötternden Frohsinn, ein Italiener von glühendstem Temperament, der sich von Wagner scheu verabschiedete, um zu Mozart die Seele zu bekehren. Diese Dekonomie von Musik, Stoff und Bühne ist einzig und genial, die Mischung von Tris, Regitativ und Parlando unerreicht. Schwer für ein Publikum, das am leichtesten Wurf einer famihen Oper seiner Sinne Labung hat, nun diesem „Falstaff“ Geschmack abzugewinnen, schwer für Künstler, aus dem Pathos höherer Deklamation zurückzufinden in die Intimität solcher Opernhammermusik.

Das Experiment gelang auch diesmal nur halb. Noch viel zu viel Phlegma, viel zu viel Erdschwere halet den Sängern an, der Effekt des Humorigen ist so stark und gut vorbereitet, daß dem wichtig pointierten Spiel von Orchester und Sänger nur mittlere, nicht unmittelbar zündende Wirkung entströmt. Ihr fühlst den Willen, nicht zu sein, und werdet verstimmt. Vielleicht ist die Zeit auch nicht gut gewählt, die Darben und Leiden nicht einmal für einen Bühnenabend einzuhalten will gegen Lachen und Lust. Das Theaterbild war wie üblich: ein bißchen farg, Schorr als Falstaff von prächtigem Sängersformat, aber hier schwer, statt Kampagnenerleicht. Scheidel als Ford elegant und von scharfem Ausdruck. Von den lustigen Windsor-Weibern wirkte man eigentlich nur Frau Urndi. Über die innere Laune an. Die übrigen (Wetten-dorff, Rnepel, Mande) waren gesamtlich so gut disponiert und diszipliniert, daß das Geklapper zur musikalischen Freude wurde. An ihr hatte auch Meyrowitz mit stottem Stab seinen Anteil.

Der Beamtenabbau.

Gestern nachmittag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamtenvertretern über eine Neuordnung der Arbeitszeit der Beamten statt. Hierbei nahm der Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fald, Gelegenheit, den in der Beamtenenschaft umlaufenden Gerüchten über den Inhalt der Beamtenabbauverordnung entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß eine Verordnung im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet sei und am kommenden Mittwoch mit den Beamtenorganisationen besprochen werden würde. Wenn der Inhalt des Entwurfs zurzeit auch noch geheim sei, so halte er sich doch für verpflichtet, der Behauptung entgegenzutreten, daß 50 Proz. der Beamten abgebaut werden. Eine Verringerung des Beamtenkörpers auf die Hälfte habe in keinem Abschnitt der Verhandlungen in Frage gestanden. Der Abbau könne nicht entfernt diese Höhe erreichen. Auch sei das Gerücht, daß die zum Abbau gelangenden planmäßig angestellten Beamten ohne Bartegeld und ohne Ruhegehalt entlassen würden, unzutreffend. Auch ein solcher Gedanke sei zu keiner Zeit erwogen worden. Die Verhandlungen über die Neuordnung der Arbeitszeit wurden auf kommenden Mittwoch vertagt, da die Beamtenorganisationen einseitiges Gewicht darauf legen, daß ihnen der am kommenden Dienstag vom Reichsrat zu verabschiedende Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Eine Korrespondenz, der wir die Verantwortung für ihre Meinung überlassen müssen, macht Mitteilungen über den Entwurf einer Verordnung über den Abbau des Beamtenapparates.

Der Entwurf gibt dem Reichspräsidenten das Recht, höhere Reichsbeamte, wie Staatssekretäre, Ministerialdirektoren usw. in den einseitigen Ruhestand zu versetzen. Das Bartegeld wird auf höchstens 50 Proz. des Einkommens der Beamten der Gruppe XII (Oberregierungsrat) festgesetzt. Die Gehaltszahlungen hören einen Monat nach der Versetzung in den Ruhestand auf. Reichskanzler und Minister werden von dieser Regelung nicht ausgeschlossen. Reichsbeamte, die das 60. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren im Dienste des Reichs, eines Landes oder einer Gemeinde zurückgelegt haben, können mit Zustimmung der obersten Reichsbehörde ohne Nachweis der Dienstfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden. Lebenslanglich angestellte Reichsbeamte mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsgerichtes, des Finanzhofes und des Rechnungshofes können unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegeldes einseitig in den Ruhestand versetzt werden. Das gleiche gilt für nicht lebenslanglich angestellte Beamte. Außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte können ohne Gewährung von Bartegeld entlassen werden. Die Auswahl der in den einseitigen Ruhestand versetzten Beamten darf durch ihre politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung und durch ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei nicht beeinflusst werden. Auf Probe, auf Kündigung usw. angestellte Beamten kann eine Abfindungssumme nach Maßgabe des § 2 gewährt werden. Das gleiche gilt für lebenslanglich angestellte Beamte, die mit Zustimmung ihrer Verwaltung ihr Ausscheiden aus dem Reichsdienst beantragen. Beamte oder Angestellte dürfen nicht einseitig entlassen werden. Als Einstellung gilt die Versetzung einer Planstelle an außerplanmäßig oder kommissarisch besetzte Stellen. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben mindestens 25 Proz. auszuscheiden, und zwar 5 Proz. der Gesamtzahl vor dem 1. Februar 1924 und 5 Proz. vor dem 1. April 1924. Den Zeitpunkt, bis zu dem der weitere Abbau zu erfolgen hat, bestimmt die Reichsregierung. Die durch das Ausscheiden freierwerdenden Planstellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Entwurf um eine Referentenarbeit handelt.

Eine kommunistische Geheimdrucker wurde in Liegnitz entdeckt. Der Geschäftsführer der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Lischner und der Redakteur Dombrowski wurden verhaftet.

Was ist eine Trillion? Die Dame Valuta zwingt uns, mit Zahlen zu rechnen, die früher nur in der Astronomie ein bescheidenes Dasein geführt haben. Der Botakube kann nicht bis 2, der Kalkulnegel höchstens bis 5 zählen, aber auch alte Kulturvölker haben nicht entfernt unsere hohen Zahlbegriffe gehabt. Für den Griechen ging das einfache Zahlenwort nie bis zum Begriff 10 000 (Myriade), dem römischen Senex bedeutete schon 600 unendlich; nur Indien schweifte in phantastischen Zahlen, die über jede Anschauungsmöglichkeit hinausgingen. In Europa war der Begriff Million im 16. Jahrhundert noch unbekannt. Heute ist die Milliarde (gleich 1000 Millionen) durch die neuen Milliardenrechnung für jeden Deutschen eine Selbstverständlichkeit, während der Franzose dafür den Begriff der Billion fest, die für die Deutschen 1000 Milliarden bedeutet. Eine Billion ist eine Million Millionen, also eine 1 mit 12 Nullen. Die weiteren Begriffe Trillion (1 000 000 000 000 000 000), Quadrillion, Quintillion ergeben sich durch Erweiterungen um je 6 Nullen. Da diese Schreibweise aber ebenso zeitraubend wie fehlergefährlich ist, wird man gut tun, die Prozentzahlen Trillion gleich 10¹², Quadrillion gleich 10¹⁶ usw. einzuführen. Daß diese Zahlen früher fürs irdische Leben wertlos waren, geht aus verschiedenen Beispielen hervor. Die Weltgeschichte umfaßt noch nicht einen Zeitraum von 1 Billion Sekunden gleich rund 32 000 Jahren, und die 10 000 Sextillionen Äpfel, von denen eine indische Geschichte erzählt, hätten nicht in einer hohlhohlen Blase, die unser ganzes Planetensystem umschließen könnte, um so trostloser nimmt sich unser Finanzeland aus, das solche Zahlen in steigendem Maße für den Alltag nötig macht.

Amundsen's Flug zum Nordpol. Zu der aus Amerika kommenden Meldung, daß Amundsen für den Mai des kommenden Jahres einen neuen Versuch plane, den Nordpol mittels Flugzeug zu erreichen, wird von unternichteter Seite gemeldet, daß wegen dieses Projekts bereits Verhandlungen zwischen dem Forscher und dem Erbauer der bekannten deutschen Ganzmetallflugzeuge Professor Junkers schwanden. Für das neue Unternehmen sollen die Erfahrungen verwertet werden, die die von den Junkerswerken in diesem Jahre nach Spitzbergen entsandte Hilfspepedition der Junkerswerke über die meteorologischen Verhältnisse im arktischen Gebiet gemacht hat. Konrad Hammer, der bekanntlich schon an dem für dieses Jahr geplanten und später ausgegebenen Unternehmen Amundsen in hervorragendem Maße beteiligt war, hat sich jetzt nach Seattle (Washington) begeben, um dort mit dem Forscher zusammenzutreffen.

Museumsführungen. Sonntag, den 21. Okt., 1/2 Uhr vormittags, finden Führungen durch Direktorialbesuche im Neuen Museum. Beginn im 2. Jachumbau v. Chr. (Dr. Wolf) und im Museum für Völkerkunde „Dynamis“ (Dr. Tischhorn) statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die Asteipreise für 1923 sind an Wilhelm Lehmann und Robert Wüll besprochen worden. Eine Ehrenurkunde wurde Herr Wüll überreicht.

Andolf Krafft, hiesiger Stadtmagister am Deutschen Opernhaus, ist zum Amt als Operndirektor an das holländische Opernhaus in Hannover.

Die Buchhändlerkassensatzung ist auf 8 Millionen festgesetzt.

Die Lohnsteuer.

Ueber 7 Prozent des Arbeitseinkommens.

Das Reichsfinanzministerium hat die Ermäßigungssätze für den Lohnabzug in der dritten Oktoberwoche festgelegt. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen zu multiplizieren sind, ist auf 210 erhöht worden. Es bleiben daher folgende Beträge vom wöchentlichen Steuerabzug unerhoben:

Existenzminimum für Mann und Frau je 86 288 000 M.
für jedes minderjährige Kind 241 920 000 „
zur Abgeltung der Werbungskosten 302 400 000 „

Die Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn eines verheirateten Buchdruckers mit zwei Kindern stellt sich daher in dieser Woche folgendermaßen:

Wochenlohn 30 000 000 000 M.
10 Proz. Abzug 3 000 000 000 „
Ermäßigungen:

Existenzminimum für Mann und Frau zusammen 72 576 000 M.
für zwei minderjährige Kinder 488 840 000 „
Abgeltung der Werbungskosten 302 400 000 „
zusammen 858 816 000 „

Es bleibt an Lohnabzug zu zahlen 2 141 184 000 M.

Nach dem angeführten Beispiel hat also ein Arbeiter bei einem Wochenlohn von 30 Milliarden Mark über 2 Milliarden oder 7,1 Proz. seines Einkommens als Steuer abzuführen. Es wäre interessant, festzustellen, in welchem Verhältnis dieser Prozentsatz zu den Beträgen steht, die Handel und Industrie an Steuern zu zahlen haben. Wahrscheinlich würde sich ergeben, daß die Steuerbelastung des Arbeiters infolge eines gänzlich unzureichenden Ermäßigungssatzes auch heute noch zu hoch ist.

An unsere Abonnenten!

Die Hoffnung, daß endlich einmal eine Befestigung unserer Währung eintreten würde, hat sich leider nicht erfüllt. Die rasend fortschreitende Entwertung der Mark wird zum Wahnmw. Stündliches Steigen der Papiermarkpreise macht jede Berechnung zunichte. Das also Druckpapier kostet nach dem heutigen Dollarkurs 816 Millionen Mark. Der Druckpreis erhöht sich nach dem Index in nächster Woche um das vier- bis fünffache. Alle Preise gehen ins Gigantische, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten hinken nur langsam nach. Wir sind aber leider gezwungen, wenn der „Vorwärts“ als Vertreter der Interessen der werktätigen Bevölkerung der Arbeiterbewegung erhalten bleiben soll, den Bezugspreis annähernd den Preisprüngen der zur Herstellung der Zeitung notwendigen Materialien anzupassen und den Bezugspreis für die Woche vom 21. bis 27. Oktober auf

1 400 Millionen

festzusetzen. Wir wissen, daß es manchem unserer Freunde bei den unzulänglichen Einnahmen schwer wird, diesen Betrag aufzubringen, doch haben wir die feste Ueberzeugung, daß unsere Freunde und Genossen, die durchdrungen sind von dem Willen, die Aktivität der Partei zu stärken, dem „Vorwärts“ nicht nur treu bleiben werden, sondern auch neue Abonnenten für ihn gewinnen werden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Die neuen Erwerbslosensätze.

Die wochentäglichen Unterstützungssätze im unbesetzten Deutschland betragen für die Zeit vom 15. bis 20. Oktober dieses Jahres in Ortsklasse A (in Millionen Mark):

für Männer über 21 Jahre 1200
unter 21 Jahren 720
Frauen über 21 Jahre 960
unter 21 Jahren 500
der Familienzuschlag für Ehegatten 440
für jedes Kind oder jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen 800

In Ortsklasse B sind die Zahlen für die gleichen Gruppen: 1120, 670, 900, 520, 410, 340; in Ortsklasse C: 1040, 620, 840, 480, 380, 320; in Ortsklasse D und E: 960, 470, 780, 440, 350, 300. Familienzuschläge werden bis zum Betrage des Doppelten der Hauptunterstützung gewährt. Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder in fremdem Haushalt fällt weg. Im besetzten Gebiet ist für den Hauptunterstützungsbetrag für den 15. und 16. Oktober das Doppelte, vom 17. Oktober ab das Eineinhalbfache der vorstehenden Tagesläge zu zahlen; für die Woche ergibt das das zehnfache dieser Tagesläge, also in der Ortsklasse A: 12 000, 7200, 9600 und 5000, in B: 11 200, 6700, 9000 und 5200, in C: 10 400, 6200, 8400 und 4800, in D und E: 9600, 5700, 7800 und 4400. Die Höhe der Familienzuschläge ist die gleiche wie im unbesetzten Gebiet. Die Vorläge, die nach den früheren Bekanntmachungen des Reichsarbeitsministeriums sowohl im besetzten wie im unbesetzten Gebiet bezahlt werden dürfen, sind auf die genannten Beträge anzurechnen. Die Zahlungsbefreiungen haben spätestens in der ersten Hälfte der kommenden Woche zu erfolgen.

Wirtschaftsfragen im Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich gestern mit einem Antrag über die Behebung der Erwerbslosigkeit. Oberbürgermeister Böhm-Berlin bedauerte als Berichterstatter lebhaft, daß von der Regierung bisher nichts getan worden sei. Die Erregung der Massen werde dadurch fortdauernd gesteigert und führe schließlich zu Gewalttätigkeiten. Der Staatsrat nahm darauf einstimmig den Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, in weitestem Maße Notstandsarbeiten anzuordnen und auch auf die Reichsregierung in diesem Sinne einzuwirken. Die Reichsregierung soll sich ferner ausreichend an der Finanzierung der Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden beteiligen. Weiter sollen Korrelationen von Debländereien und Mooren in größerem Umfang in Angriff genommen und eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung herbeigeführt werden.

Dem Staatsrat lag dann eine förmliche Anfrage der Arbeitsgemeinschaft an die Staatsregierung vor, in der darauf hingewiesen wird, daß die Nachfrage nach Kohlen in den Bergwerksbezirken derartig nachgelassen habe, daß die Grubenverwaltungen genötigt wären, Feierschichten einzulegen. Die Haldeplätze seien demnach überfüllt, daß mit einer Vermehrung der Feierschichten zu rechnen sei. Entlassungen von Bergarbeitern seien schon die Folge gewesen. Andererseits beziehe die Reichsbahnverwaltung fortlaufend erhebliche Kohlenmengen aus dem Ausland. Der Staatsrat ersucht um Auskunft, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht in höherem Maße von inländischen Bergwerken bezogen wird? Die Staatsregierung müsse mehr wie bisher bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß die Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere die Eisenbahntarif-

politik den wirtschaftlichen Bedürfnissen des preussischen Staates Rechnung tragen.

Der Kommerzienrat Klöckner befragte die in der Anfrage angeführten Röhre und trübe mit, daß der Bergwerksminister eine Ueberänderung in der Kohleneinkaufspolitik in Aussicht gestellt habe. Ganz besonders wandte sich der Redner gegen den Reichskohlenkommissar, der alles verkümmert mache. Durch die Abschaffung des Reichskohlenkommissariats könne das Reich 600 Arbeitskräfte sparen.

Reichs- und Staatskommissar Meißig-Dortmund (Sog.) bezeichnete es als unerhört, wenn auch der Köln-Reuener Bergwerksverein Feierschichten einlege, der seine Kohle nach Holland liefere, also einen schändlichen Abnehmer habe. Der Wirtschaft müsse besser auf die Finger gesehen werden.

Zur Beratung stand dann der Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs zur Beendigung des bekannten Rechtsstreits zwischen dem Staatsrat und dem Staatsministerium über die Zuständigkeiten des preussischen Staatsrats. Der Vergleichsvorschlag gesteht dem Staatsrat auf Grund der Verfassung ein selbständiges Recht auf Information durch das Staatsministerium, nicht aber ein besonderes Mitwirkungsrecht zu. Alle Gesetzesvorlagen sollen dem Staatsrat vor ihrer Einbringung im Landtag zur Begutachtung vorgelegt werden. Nachdem die Regierung im Ausschuss dem Vergleichsvorschlag zugestimmt und eine formale Durchführung zugesagt hatte, wurde er auch im Staatsrat angenommen.

Der Rebell von Küstrin.

Aus Buchraders früheren Herrschertagen.

Aus Kottbus wird uns geschrieben:

Am Montag soll hier in Kottbus vor dem außerordentlichen Gericht die Verhandlung gegen die Küstriner Putschisten beginnen. An der Spitze der Angeklagten steht der frühere Major Buchrader, dessen Andenken in Kottbus noch nicht erloschen ist.

Dieser Buchrader führt das Schicksal an den Ort zurück, wo von ihm vergossenes Menschenblut zum Himmel schreit. Dieses Blut wäre nie vergossen worden, wenn dieser Herr in den Tagen des Kapp-Putsches nicht eine so zweideutige Haltung eingenommen, wenn er Farbe bekannt hätte für die Reichsverfassung und die Republik, in deren Diensten er stand. Allein er zog es in jenen Tagen vor, mit einer kurzen Handbewegung zu erklären, daß Politik — Treue zur Reichsverfassung und zur Republik! — nicht seines Amtes sei, daß er vielmehr nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe. Diese Sorge dokumentierte er dadurch, daß er die Erlasse des Rebellen Lüttich getreulich anschlagen ließ und ihre Verbreitung durch die Drispresse erzwang. Der erste Akt begann mit einer Verurteilung des Herrn Majors selbst, die er durch bewaffnete Soldaten plakatieren ließ. Schon in dieser Handlung zeigte sich seine vollkommene Verständnislosigkeit für die Gefühle der Masse. Sonst hätte er wissen müssen, daß in jener Zeit das dienstliche Auftreten bewaffneter Soldaten mit Notwendigkeit zu einer Explosion führen mußte und daß seine einzige Pflicht war, gerade in diesem Augenblicke das Militär von der Straße fernzuhalten. Es ist ihm späterhin von Stadtoverwaltung und Presse oft genug vorgeworfen worden, daß er die damit geschaffenen Unruhen hätte vermeiden können, wenn er die Plakate statt durch bewaffnete Soldaten auf dem ortsbüchlichen Wege hätte anbringen lassen. Zudem erschienen damals noch alle Tageszeitungen, die er freilich im Laufe des Putsches alle unterdrückte, bis auf eine einzige, da er ja doch einen Kämpfer für seine Siegesfansen brauchte. Allein Major Buchrader bestreite keinen dieser Wege, und so geschah, was in einer Stadt mit so starker Arbeiterbevölkerung für jeden anderen un schwer voraussehen war: unbesonnene Burden rissen das Plakat ab und entwarfen die Soldaten. Und nun ging es Schlag auf Schlag: Major Buchrader ließ Maschinengewehre auffahren, um die Ansammlung zu zerstreuen, und als dies nicht prompt geschah, pflanzte die blauen Bohnen. Wirkung: 4 Tote, 5 Schwerverletzte lagen in ihrem Blute.

Dieser Akt des reinsten Militarismus in der Hauptverkehrsstraße der Stadt peitschte natürlich die Volksinstinkte bis ins tiefste Innere auf. Und so begann der zweite Akt: aus einem Bruchteil der Kottbuser Arbeiterschaft, vornehmlich aber aus der der benachbarten Industriorte, bildete sich eine „rote Armee“, besonders aus Unabhängigen und Kommunisten zusammengesetzt, gegen die nun Major Buchrader tagelang einen förmlichen Krieg führte, der zahlreiche Blutopfer kostete.

Natürlich standen auf Buchraders Seite alle „Outgestimmten“, in vorderster Linie die Deutschnationalen und die Volksparteier, die ein imperinentes Siegerlächeln zur Schau trugen; waren diese Kreise doch sogar mit Buchraders Verbot der Sitzung der Stadtorbundenversammlung, dem damals einzigen Ventil für die Volkserregung, einverstanden gewesen. Dagegen blieben späterhin alle Eingaben der republikanischen Kreise der Stadt an die Reichsregierung um die Entfernung Buchraders. Sie wurden immer hintertrieben. Dafür standen aber auch gewichtige Kreise hinter ihm. In vorderster Linie der gegenwärtige Führer des Brandenburgischen Landbundes, der einstige Rittmeister Rittergutsbesitzer von Rahmer auf Gahn, der in den Kapp-Tagen bei Major Buchrader in der Kaserne ein ebenso häufiger Gast war, wie er es in den Tagen der Revolution bei dem sozialdemokratischen und dem demokratischen Blatt gewesen war. Er wird es zweifellos mit besonderer Freude vernommen haben, daß er seinen Befinnungsgegnen Buchrader wieder in den Mauern von Kottbus begrüßen darf, und wird sich gewiß angelegen sein lassen, ihm seinen unfreiwilligen Aufenthalt so behaglich wie möglich zu gestalten. Und da zu jener Zeit fast die gesamte Kottbuser Richterschaft jenen Kreisen zugerechnet war, die den Kapp-Putsch mit heimlicher, aber um so größerer Freude begrüßte, so wird Major Buchrader die Kunde von seiner Aburteilung in Kottbus wohl mit einem Augenaufschlag vernommen haben.

Gewerbesteuer nach der Lohnsumme.

Bei Gewerbesteueren nach der Lohnsumme haben der Preussische Minister des Innern und der Finanzminister in letzter Zeit an die Zustimmungsbehörden durchweg die Weisung ergeben, die Lohnsummenbelastung der Höhe nach zu begrenzen und Lohnsumme und Ertragsbelastung in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu bringen. Die Belastung nach der Lohnsumme sollte im allgemeinen nicht mehr als 0,3 Proz. betragen, während das Verhältnis der beiden Steuerarten sich wie 1:15 verhalten sollte. Nach einer neuen Verfügung der beiden Minister soll nun, dem „Amlichen Preussischen Presseblatt“ zufolge, im Hinblick auf die sich überstürzende Geldentwertung nach dieser Richtung hin von jeder Beschränkung der Lohnsummensteuerordnungen abgesehen werden, jedoch wird von den Gemeinden, Beschluß- und Zustimmungsbehörden genaue Prüfung der Frage erwartet, ob die jeweils in Aussicht genommenen Steuerläge nach den örtlichen Verhältnissen auch angebracht und tragbar sind. Für die Gemeinden dürfte sich hieraus die Notwendigkeit ergeben, vor Erlass von Lohnsummensteuerordnungen mit den in Frage kommenden Wirtschaftskreisen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die hohen Bergarbeiterlöhne aussehen.

In keinem anderen Berufe sind die Lohnbedingungen häufiger durch Schiedsprüche geregelt worden als im Bergbau. Welche Darstellungen über die Höhe der Bergarbeiterlöhne gegeben werden können, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen und ohne eine Zurückweisung an Ort und Stelle zu erfahren, dafür erbrachte in der vergangenen Woche der deutschnationale Stadtorordnete Fabian in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Beweis. Nach übereinstimmenden Berichten der dem Herrn besonders nahestehenden Zeitungen hat er ausgeführt, daß in der Vorkriegszeit der Bergarbeiterlohn je Schicht 1 1/2 Dollar betragen habe und nunmehr auf 4 1/2 Dollar gestiegen sei. Diese Behauptung ist von A. bis Z unrichtig. Der höchste Bergarbeiterlohn der Vorkriegszeit wurde in Westfalen gezahlt. Er betrug im Durchschnitt des Jahres 1913 5,50 M. je Schicht. In allen anderen Bergwerksrevieren stand er oft weit unter einem Dollar, d. h. er erreichte nicht die Höhe von 4,20 M.

Wie es in der Gegenwart mit dem Bergarbeiterlohn bestellt ist, das möge nachstehenden Tatsachen entnommen werden. In der Woche vom 30. September bis einschl. 6. Oktober betrug der Durchschnittslohn für einen Dollar (Mittelkurs zwischen Brief und Geld) 430 400 000 M. und in der Woche vom 7. bis 13. Oktober 2 814 600 000 M. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache und nach den Lohnfähigen, die in Schiedsgerichten festgesetzt wurden, betrug der Durchschnittslohn einschließlich aller sozialen Zulagen, Kindergeld usw. für einen Bergarbeiter in der Schicht:

Bergbaubezirk	Schichtlohn in Papiermark	Nach dem Mittelkurs in Dollar	Nach dem Mittelkurs in Goldmark
1. in der Lohnwoche vom 1. bis 6. Oktober:			
Westfalen	453 600 000	1,05	4,41
Oberschlesien	291 600 000	0,67	2,81
Niederschlesien	267 800 000	0,61	2,56
Sachsen	272 180 000	0,63	2,64
Braunkohlenbezirk Mitteldeutschland	255 150 000	0,59	2,47
2. in der Lohnwoche vom 8. bis 13. Oktober:			
Westfalen	1 406 100 000	0,61	2,56
Oberschlesien	908 000 000	0,68	1,50
Niederschlesien	828 000 000	0,20	1,21
Sachsen	843 000 000	0,30	1,36
Braunkohlenbezirk Mitteldeutschland	790 980 000	0,28	1,17

In dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ist der Lohn wesentlich höher wie in allen anderen Bergbaubezirken. Diese Tatsache ist zurückzuführen auf die mit der Befehung des Gebiets verbundene Teuerung, die über die bislang in den sonstigen Teilen Deutschlands schon erfassten Begriffe weit hinausgeht. Was also von der Behauptung zu halten ist, die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aufgestellt wurde und dann in der deutschnationalen Presse verbreitet werden konnte, ist aus den mitgeteilten Lohnfähigen der letzten zwei vergangenen Wochen klar ersichtlich. Wird der Herr, der sie aufgestellt hat, nun auch den Anstand besitzen, zu erklären, daß er einem Irrtum verfallen ist? Wir zweifeln daran, denn wir kennen unsere Leute.

Der Konflikt in der Holzindustrie beigelegt.

Am gestrigen Tage war eine Verhandlung zwischen den Parteien vor dem Schlichtungsausschuß vereinbart. Im Laufe des Tages jedoch traten die Parteien ohne Vermittlung einer unparteiischen Stelle zusammen, um zu versuchen, die Streitpunkte zu beseitigen. Es wurde vereinbart, daß sämtliche Arbeiter, die ausgesperrt wurden, zu den alten Rechten wieder einzustellen sind und unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen haben. Desgleichen die Kollegen bei Müller, Köpcke und Strahe. Die Löhne wurden erhöht für die jetzt laufende Woche vom 14. bis 20. Oktober um 57% Proz., so daß der Durchschnittslohn für etwa 4000 Arbeiter 474 965 000 M. pro Stunde beträgt. Um die Arbeiter recht schnell in den Besitz des Geldes zu setzen, hat die Verhandlungskommission auf dieser Basis ein Abkommen getroffen. Die Arbeitgeber werden von ihrer Organisation verpflichtet, die Beträge sofort auszuzahlen.

Löhne in der Berliner Metallindustrie.

Die Lohnsteigerung für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober beträgt 800 Proz. Der Lohn in Klasse I beträgt 625 Millionen, die anderen Löhne erhöhen sich im gleichen Hundertsatz. Einschließlich der gestern bezw. heute bereits gezahlten Vorkaufsumme, wird am Montag bzw. Dienstag ein Vorschuss von 70 Proz. auf den in der Woche vom 15. bis 21. Oktober fallenden Verdienst gezahlt. Ueber die weiteren Vereinbarungen, Frauenzulage, Kinderzulage, Ausgleichzulage usw. gibt der Tarifvertrag Auskunft, der ab heute vormittag 11 Uhr im Verhandlungsraum des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Antonsstr. 88-85, Zimmer 20, und ab 4 Uhr im Zimmer 8 käuflich ist. Das Metallartell. J. A.: Cron.

Der Verkehrsband zu den Ereignissen.

Die Berliner Verwaltung des Verkehrsbandes hatte ihre Funktionäre gestern abend nach dem Gewerkschaftshause berufen, um zu den letzten Ereignissen Stellung zu nehmen, da es nach den einleitenden Ausführungen von Klose wegen der finanziellen Schwierigkeiten bei Herausgabe der Verbandsnachrichten kaum anders möglich sei, mit den Mitgliedern des öfteren in Verbindung zu treten.

Dr. Mann ging in seinen Ausführungen von der Beilegung des Ruhrkonflikts aus, der wenig Ersprießliches gebracht habe. Es sei aber dennoch Pflicht der Gewerkschaften gewesen, auf die Stimme der Arbeitsräuber im besetzten Gebiet zu hören. Die vom Staat zum Abwehrkampf zur Verfügung gestellten Mittel seien allerdings von vielen Unternehmern für ihre eigenen profitstiftenden Zwecke ausgenutzt worden. Die Gefahr eines erneuten Vorstoßes der Unternehmer auf die nackten Lebensinteressen der Arbeiterschaft sei noch nicht vorüber. Die Gewerkschaften und auch der Verkehrsband sind darum zur Abwehr gerüstet. Auf die Einigungsverhandlungen, die zwischen den Arbeitgeberorganisationen stattgefunden haben, ging der Redner, der an diesen Verhandlungen teilgenommen hat, näher ein und hob mit aller Deutlichkeit hervor, wie notwendig in dieser gefährlichen Situation besonders für die Gewerkschaften die Einheitsfront und Geschlossenheit ist. Die Demobilisierungsvorbereitung ist jetzt leider in ihrem wesentlichsten Teil beseitigt. Es haben sich auch in letzter Zeit Schwierigkeiten bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen herausgestellt. Von einer Vertiefung der Löhne kann bei der rapide fortschreitenden Bodenwertung nicht die Rede sein. Die Unternehmer haben für ihren Vorstoß eine Zeit schlechtester Konjunktur gewählt, weil sie glauben, die Arbeiterschaft sei jetzt so geschwächt, daß sie sich nicht wehren können. Der Abschluß von Tarifverträgen ist jetzt mehr denn je notwendig. Es ist bedauerlich, daß die Unterführungsfrage nicht den Zeitverhältnissen angepaßt werden können. In dieser außerordentlich schweren wirtschaftlichen Zeit muß unter allen Umständen der Organisationsgedanke ausrecherchiert werden. In der Stunde der Gefahr dürfen die Meinungsverschiedenheiten nicht weiter zur Freude der Unternehmer in den Betrieben ausgegossen werden. Hierfür haben auch

die Betriebsräte ihr Augenmerk zu richten. Vielmehr muß es heißen: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!

Es gelangten zwei Resolutionen zur Annahme. In der einen wird die sofortige Aushebung des Belagerungszustandes und des Verbots der „Roten Fahne“ sowie des „Bekräftigung“ gefordert. Die zweite Entschließung ist ein geharnischter Protest gegen die Maßnahmen der Reaktionskräfte in bezug auf Sachsen und Thüringen. Für den Fall eines bemächtigten Vorgehens gegen diese Länder wird die sofortige Proklamierung des Generallstreiks gefordert.

Klose machte zum Schluß noch Mitteilung über die Löhne im Großhandel.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen

Borwärts-Verlag G. m. b. H.

Entlassung der Angestellten der Reichsbehörden.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes sollen sämtliche Angestellten der Reichsbehörden unter Zuwendung einer unzureichenden Abfindung sofort entlassen werden. Von den Betriebsverteilungen einer ganzen Reihe von Finanzämtern geht uns ein Protest gegen diese Maßnahme zu. Darin heißt es u. a.: „Die Angestellten stehen auf dem Standpunkt, daß diese Maßnahme bei der fortschreitenden Verschlechterung der Lebenshaltung, der übermäßigen Verteuerung der Lebensmittel, sich geradezu als eine Herausforderung auch der ruhigsten und bescheidensten Gemüter auswirkt. Die Angestellten stehen auf dem Standpunkt, daß dem Staat gute, zuverlässige und eingearbeitete Kräfte erhalten bleiben müssen.“

Bei dem jetzt beschrittenen Weg, wo man ohne Zweifel die Vorräte der Beamten nicht nur respektiert, sondern auch auf Kosten der Angestellten schützt, wird gerade das Gegenteil erreicht. Die Angestellten sind in der Lage, den leitenden Staatsmännern den Nachweis zu erbringen, daß in den Dienststellen des Landesfinanzamts Groß-Berlin neben circa 1800 Angestellten mindestens die gleiche Zahl, wenn nicht noch mehr Beamte vorhanden sind, die die ihnen zugewiesenen Arbeiten nicht so ausführen können wie die bereits eingearbeiteten, für die Materie zum größten Teil kaufmännisch vorgebildeten Hilfskräfte.

Dieser Tatsache wird sich auch das Ministerium nicht verschließen können und zu dem nächstliegenden greifen müssen, nämlich erst den Abbau der weniger produktiv bzw. eingearbeiteten Beamten vorzunehmen, da sonst ohne die Stütze der Angestelltenlast der Staatsapparat zusammenbricht. Die Angestellten, die stets zur Republik gehalten haben und deren Arbeiten bei jeder Gelegenheit von den vorgesetzten Dienststellen lobend anerkannt worden ist, glauben eine Berechtigung zu haben, eine Forderung der beabsichtigten Maßnahme zu fordern, denn es ist unfaßlich, daß sie das Heer der Verbürgerten nach geleisteter treuer Arbeit als Dank vergrößern sollen. Es müßte die vornehmste Aufgabe jeder Regierung sein, für Arbeitslosigkeit zu sorgen und nicht Befehle zu schaffen, die zur Vergrößerung der Rot und Arbeitslosigkeit erheblich beitragen. Aus welchem Grunde sind beim Landesfinanzamt Groß-Berlin vor einigen Tagen noch 16 neue Urkunden zur Bestallung neuer Beamten herausgegeben worden, wenn schon zu viele Beamte vorhanden sind?

Die Aufhebung des § 84 ff. des Vertriebsstrafgesetzes schlägt jeden ehrlichen Republikaner ins Gesicht. Sie mutet jedem als eine Verhöhnung der Weimarer Reichsverfassung an, in deren Art. 128 gesagt wird:

„Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.“

Die Schärfe unseres Protestes kann nicht nachhaltig genug zum Ausdruck gebracht werden.“

Wenn wir dieser Darstellung Raum geben, so möchten wir doch daran erinnern, daß bei einem ähnlichen früheren Anlaß die Beamten ihren gegenseitigen Standpunkt geltend machten. Unvermeidliche Entlassungen treffen nicht schwer, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamten. Von der Frage der Qualifizierung abgesehen, ist natürlich die Lösung des Dienstverhältnisses von Angestellten für die Verwaltungen weit leichter, als das von Beamten.

Der Lohn für Rohrleger und Bauklemmer beträgt für die Lohnwoche vom 15. bis 21. Oktober 740 Millionen. Für Helfer und Junggelesen ergibt sich der Lohn im bisherigen Prozentsatz.

Die Angestelltengehälter in der chemischen Industrie sind für die dritte Oktoberwoche durch folgenden Schiedspruch festgelegt worden:

Die Angestellten erhalten für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober (dritte Oktoberwoche) das zwanzigfache Septemmergehalt. Außerdem werden, wenn möglich, am Dienstag, spätestens am Mittwoch fünfzehn Septemmergehälter als Vorauszahlung auf das noch festzusetzende Gehalt der vierten Oktoberwoche gezahlt.

Dieser Schiedspruch ist endgültig. Am 25. Oktober sind die Verhandlungen für die vierte Oktoberwoche.

Die kaufmännischen Angestellten erhalten für die Woche vom 14. bis 20. Oktober im Bogen- und Karosseriebau einen Zuschlag von 500 Proz. auf das Gehalt der Vorkwoche; im Zeitungsgewerbe werden für die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 39 Septemmergehälter gezahlt; in der Kartonnagenbranche 18 Septemmergehälter spätestens kommenden Dienstag; in der Briefumschlagbranche 7 Septemmergehälter à conto; in der Kolonialwarenbranche und dem Feinkosthandel das zehnfache Septemmergehalt à conto. Im Lebensmittelgroßhandel (Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren) sind für Oktober Grundgehälter mal Lebensmittelmultiplikator vereinbart. Jeden Dienstag werden 90 Proz. der Zahlung der Vorkwoche à conto gezahlt und Freitag verrecknet. In der Margarineindustrie betrug die Schlüsselzahl für die gestrige Auszahlung 668,0 Million, mit der das Grundgehalt zu multiplizieren war.

Enghändler. Heute, Sonntag, abend 7 1/2 Uhr finden nachfolgende Preisverhandlungen statt: Bezirk 4 im „Freischlag“, Reichsstr. 16; Bezirk 5 bei Elmpo, Weißber., Ecke Rannowstraße; Bezirk 3 bei Gohle, Hermannstr. 199; Bezirk 2 Donnerstag, den 1. November, bei Birnbaum, Antonsstr. 2; Bezirk 3 Donnerstag, den 2. November, in der Schule Weinmeisterstr. 16-17; Bezirk 10 Sonntag, 4. November, vormittags 10 Uhr, in Niederbarnheide, Spreerstr. 16, portiere rechts. Angeordnet in allen Reichsteilen: „Die Wahl der Generalversammlung delegierten für das Jahr 1924.“ Beschäftigten Befehl erteilt.

Der Reaktionsvorstand.

Wirtschaft

Der Stand der Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise nähert sich ihrem Höhepunkt. Geradezu trostlose Einblicke in die Gestaltung der gesamten Wirtschaftslage bieten die Berichte des Reichsarbeitsblattes für den Monat September und die beiden folgenden Wochen. In 970 Betrieben, die an das Reichsarbeitsblatt berichtet, waren von 822 908 statistisch erfassten Arbeitern im September nur noch 12 Proz. gegen 18 Proz. im Vormonat in gut beschäftigten Unternehmungen. Der Prozentanteil der Arbeiter, der auf befriedigend beschäftigte Betriebe entfiel, verminderte sich von 33 Proz. im August auf 17 Proz. im September, derjenige in schlecht beschäftigten Betrieben dagegen stieg von 49 auf 71 Proz. Die einzelnen Gewerbegebiete, für die ähnliche statistische Berichte vorliegen, gestaltete sich in gleicher Weise. So stieg in der Metallindustrie der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeiter von 58 auf 77 Proz., der der gut beschäftigten fiel von 16 auf 8 Proz. In der Elektrizitätsindustrie sind nur noch 8 Proz. der erfassten Arbeiterschaft in gut, 9 Proz. in befriedigend beschäftigten Betrieben, während die entsprechenden Zahlen des Vormonats 14 bzw. 72 Proz. waren. Der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeitskräfte betrug 83 Proz. im September gegen nur 14 Proz. im Vormonat. Die Verschlechterung ist also eine ganz katastrophale. Auch im Maschinenbaugewerbe stieg der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 53 auf 70 Proz., während nur noch 7 Proz. gegen 10 Proz. im August als gut beschäftigt bezeichnet wurden.

In allen Gewerbebezirken ergibt sich das gleiche Bild: Unter den Schwankungen des Währungserfalls ist die Kaufkraft der Verbraucher stark gesunken und der Kapitalmangel der Hersteller und Händler ist gestiegen. Während Industrie und Städte unter Kohlenmangel leiden, geht der Absatz des Stein- und Braunkohlenbergbaues zurück. In letzteren wurde die Herstellung von Rohpreßstein eingestellt. An der Holzindustrie, hinter der doch die gewaltige Kaufkraft der Landwirtschaft steht, werden Feiertachten eingeleitet. Große Teile der industriellen Produktion sind deshalb konfurrenzunfähig, weil sie die Weltmarktpreise statistische Berichte vorliegen, gestaltete sich in gleicher Weise. So sind nach einem Bericht der Königsberger Landwirtschaftskammer die Gesteinskosten für landwirtschaftliche Maschinen jetzt doppelt so hoch wie vor dem Kriege. In den Augustindustrien ist der Rückgang der Beschäftigung besonders stark. Bezeichnend ist dafür folgende Mitteilung aus dem Viehzuchtgewerbe:

Rohstoffpreise, Löhne usw. sind zu teuer, die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung erfordern zu hohe Aufwendungen, als daß für Zeitungen, Bücher, Anzeigen usw. viel übrig bliebe, weshalb die Aufträge, auch vom Ausland, für das graphische Gewerbe immer seltener werden.

Ähnliche Gründe gelten auch für den Rückgang der Konjunktur in anderen Gewerbebezirken, die nicht dem unmittelbaren Lebensbedarf dienen, wie z. B. für die katastrophale Verschlechterung in der Tabakindustrie, dem Abbruchgang der keramischen, der Glas- und der Porzellanindustrie. Aber auch an sich produktionswichtige Anlagen werden heute nicht mehr ausgeführt; so finden Erweiterungen von elektrischen Industrieanlagen und Errichtungen von Leberlandzentralen so gut wie gar nicht mehr statt.

Noch viel schlimmer steht es aber um Gewerbegebiete, die dem dringenden Lebensbedarf dienen und deren Preise so übersteuert sind, daß sie vom Verbraucher nicht mehr aufgebracht werden können. Die Textilindustrie liegt, zum Teil auch wegen der Ueberlieferung der Weltmarktpreise, danieder. Der Baumwollverbrauch der Industrie ist derart zurückgegangen, daß im September auf dem wichtigsten Baumwollmarkt in Bremen nur 16 000 Ballen gegenüber 115 000 Ballen in der gleichen Zeit des Vorjahres abgesetzt wurden. In der Wolllindustrie ist der Geschäftserfolg fast ganz zum Stillstand gekommen, obwohl sonst in den September die Eindeckung für den Winterbedarf fällt. In der Konfektion werden Bestellungen für den nächsten Sommer, die sonst in dieser Zeit abgemittelt werden, mit größter Zurückhaltung ausgegeben. In der Konfektion sind die Detailisten durch die Absatzstodung in große wirtschaftliche Bedrängnis geraten, da die Tageseinnahmen nicht zur Deckung ihrer Verpflichtungen ausreichen. Mitunter lehnen sie die Bezahlung der Ware ab, weil ihnen die Mittel hierzu fehlen, und geben die Ware zurück. Während Tausende und aber Tausende nicht in der Lage sind, ihre notwendigen Kleider einzukaufen, müssen die Händler Ware, die für die Verteilung bestimmt war, an den Fabrikanten zurücksenden. Die Ueberlieferung der Schuh- und Lederpreise hat dazu geführt, daß in der Zeit, wo die Bevölkerung ihre im Winter besonders benötigten Schuhe einzukaufen pflegt, die Industrie fast vollkommen still liegt. Nach einer Umfrage bei den Schuh- und Schäftefabrikanten Anfang September war 0,08, also noch nicht ein Zehntel Prozent der erfassten Arbeiterschaft, voll beschäftigt, während mehr als neun Zehntel, nämlich 91,92 Proz. entweder gar nicht oder bis zu 14 Stunden die Woche verkürzt arbeiten. Diese Lage hat sich bis zum Ende dieses Monats weiter verschlechtert.

Das Gesamtbild der Wirtschaftslage ist niederschmetternd. Mit jeder Stunde wächst die Rot der breiten Massen, die zugleich einer wahnwitzigen Teuerung und der täglich wachsenden Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist. Das ist in der Hauptsache eine Folge des Währungserfalls. Nicht dringend genug kann gefordert werden, daß die Schaffung werbeständiger Zahlungsmittel nicht nur aufs äußerste beschleunigt wird, sondern dieselben auch den breiten Volksmassen in einer Weise zugänglich gemacht werden, die verhindert, daß sich der Lohn mit der Papiermark von Stunde zu Stunde entwertet.

Ämtliche Devisenkurse.

	19. Oktober		18. Oktober	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 Holländ. Gulden	463830000	463170000	819099000	821602000
1 Argent. Pap.-Peso	887030000	889700000	268910000	268230000
1 belgischer Frank.	614460000	617540000	423940000	425080000
1 norweg. Krone	1848375000	1854825000	1264830000	1271170000
1 dänische Krone	2086770000	2097280000	1432410000	1439390000
1 schwedische Krone	3130140000	3151800000	2154800000	2165400000
1 finnische Mark	317205000	318795000	217455000	218545000
1 japanischer Yen	6785500000	6814500000	3690000000	4010000000
1 italienische Lira	538350000	541350000	371070000	372930000
1 Pfund Sterling	5386500000	5413500000	3690700000	3706250000
1 Dollar	1197000000	1203000000	8139600000	8180400000
1 franz. Franc	712215000	715785000	490770000	493230000
1 brasilian. Milreis	1097250000	1102750000	778050000	781950000
1 Schweizer Frank.	213450000	214535000	146430000	1471670000
1 panamaische Veleta	1807970000	1816080000	1108285000	1108765000
1 österr. Kr. (gest.)	167580	168420	115710	116290
1 tschechische Krone	855509000	857291000	243800000	244610000
1 ungarische Krone	668825	761675	448875	451125
1 bulgarische Leva	115710000	116290000	79800000	80200000
1 jugoslaw. Dinar	141645000	142355000	95700000	96240000

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Erich Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilling; Politik und Sonstiges: Fritz Ruppberg; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: (Stille) in Berlin; Verlag: Borwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borwärts-Verlagstr. 2 und Verlagshaus Carl G. m. b. H., Berlin. Preis 60 Pf., Einbandstr. 2, Seite 2, Beilage.

Herbstwanderungen.

Der Herbst hat seinen Einzug gehalten; das Laub an Baum und Strauch leuchtet in prächtigen Farben.

Rund um den Liepnihsee.

Der Liepnihsee ist einer der schönsten Seen in der Umgebung Berlins. Ringe von Laubwald umkränzt liegt er in einer lieblichen Talniederung.

Am Viernowhsee.

Wir beginnen unsere Wanderung in Potsdam, das wir von den Bahnhöfen der Stadtbahn oder vom Potsdamer Bahnhof aus erreichen.

Die Lofolfscher.

Roman von Johan Bojer.

2.

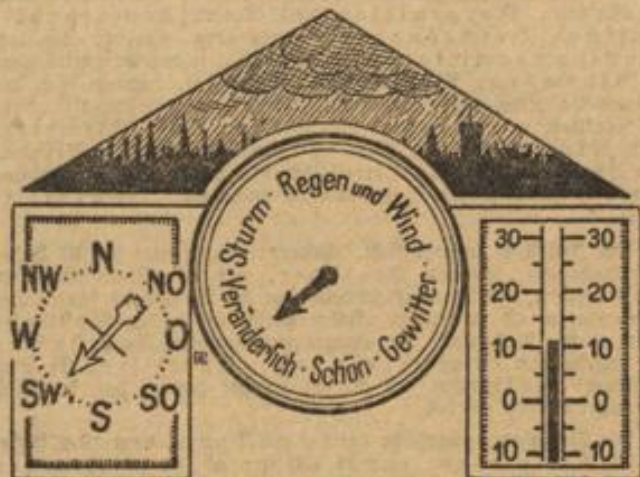
Der Schubladen kam zuerst und hinterher der Mann, der ihn schob, und der hinte so stark, daß selbst das Knacken des Radzapfens schief und hin und her klapperte.

des Walds. Hier führte, von Brück kommend, die alte Straße aus Sachsen und Anhalt nach Potsdam vorüber.

Der Sturm auf die Bäderzeilen.

Gestern vormittag gegen 10 1/2 Uhr drangen 20 junge Kuristen in die Bäderzeilen von Albrecht, Elssasser Straße 35, ein und verlangten unentgeltliche Herausgabe von Brot.

Wetteraussichten für Sonntag.



Am Anfang dieser Woche herrschte in Deutschland veränderliches, aber ziemlich mildes Wetter; im Alpenvorlande gingen zahlreiche und zum Teil starke, im Westen mehr vereinzelte geringe Regenschauer hernieder.

Die Volksspeisungsaktion.

Nach immer Vorbereitungen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Spenden für die Volksspeisungsaktion der preussischen Regierung laufen von Tag zu Tag in vermehrtem Umfange ein.

Maßnahmen des Jugendamtes.

Es ist in Aussicht genommen, den Säuglingsfürsorgestellen der Stadt Berlin, soweit möglich, Beträge zur Verfügung zu stellen, um Nährpräparate für bedürftige Kinder abgeben zu können.

Der Mörder der Lucie Conrad.

In Berlin ermittelt und verhaftet.

Der Kindesmörder aus der Dudenauer Straße, der Gelegenheitsarbeiter und Händler Heinrich Schaper, ist verhaftet. Er hatte versucht, sich durch den Verkauf eines Paares Stiefel vielleicht die Mittel zu verschaffen, um aus Berlin herauszukommen.

so sonderbar rasch, wenn einer zu allen Tageszeiten zu schlafen versteht. Bisweilen stieg aus dem Ofenrohr der Rambüse Rauch auf, dann sagten die Leute: „Jetzt ist der Jakob wach; wenn du einen Schnaps haben willst, so klettere nur zu ihm an Bord.“

tuch, und die Friesen hängen bis auf die Stiefelstrippen genau wie bei Jakob. Der Alte dreht den Kopf nach ihm um, nimmt den Briem heraus, steckt ihn in die Westentasche und spuckt aus: „Rein, kannst du das begreifen?“

(Fortsetzung folgt.)

